

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Grundlagen	1
§ 1 Die Reform des Rechts der GmbH; Zielsetzung des Gesetzgebers	1
I. Die Reform des Rechts der GmbH	1
II. Zielsetzung des Gesetzgebers bei der Reform des Rechts der GmbH	2
III. Überblick über die wesentlichen Neuerungen	2
§ 2 Begriff und Wesen der GmbH	4
I. Die GmbH in Stichworten	4
1. Zwischenform der Kollektiv- und der Aktiengesellschaft	4
2. Juristische Person	4
3. Kapitalgesellschaft	4
4. Kaufmännisches Unternehmen	4
5. Haftung	5
6. Grosse Flexibilität im Innenverhältnis	5
II. Vor- und Nachteile der GmbH	6
1. Juristische Persönlichkeit	6
a) Keine Haftung für Gesellschaftsschulden	6
b) Änderungen im Mitgliederbestand sind ohne Einfluss auf Persönlichkeit und Firma	6
2. Relativ einfache Gründung	6
3. Keine Nationalitätsvorschriften für die Mitglieder der Geschäftsführung	7
4. Zulässigkeit von statutarisch begründeten Gesellschafterpflichten	7
a) Worum geht es?	
b) Exkurs: Der Aktionärsbindungsvertrag als Lösung und seine Nachteile	7
aa) Begriff	7
bb) Die Geltungsdauer von Aktionärbindungsverträgen	8
cc) Nur obligatorische Verpflichtungen	9
dd) Kein automatischer Übergang der Pflichten auf neue Aktionäre	10
ee) Durchsetzung	11
c) Statutarische Gesellschafterpflichten im GmbH-Recht	11
aa) Ausgangslage	11
bb) Pflichten sind gesellschaftsrechtlich vollstreckbar	11

cc) Pflichten binden automatisch auch neu eintretende Gesellschafter	12
5. Der Gesellschafterbindungsvertrag	12
6. Vinkulierungsmöglichkeit	13
7. Strengere Quorumsvorschriften der GmbH als Nachteile	14
III. Die GmbH als partnerschaftlich strukturierte Gesellschaft	14
1. Partnerschaft	14
2. Die Bedürfnisse in partnerschaftlich orientierten Gesellschaften; Umsetzung im Recht der GmbH	14
a) Allgemeines	14
b) Das Bedürfnis, Nebenleistungspflichten zu begründen	16
c) Das Bedürfnis, den Gesellschaftern ein Recht auf aktive Teilnahme an der Geschäftsführung einzuräumen	16
d) Das Bedürfnis, die Macht- und Einflussverhältnisse innerhalb der Gesellschaft zu festigen	16
e) Das Bedürfnis, den Kreis der Gesellschafter in seiner bisherigen Zusammensetzung zu erhalten	17
f) Das Bedürfnis, taugliche Mittel zur gesellschaftsinternen Konfliktlösung vorzusehen	17
3. Die partnerschaftliche Ausgestaltung der GmbH; <i>Möglichkeiten und Grenzen</i>	17
4. Unternehmenskonstellationen, für welche die GmbH speziell geeignet erscheint	19
2. Teil: Entstehung/Gründungsvorgang	21
§ 3 Überblick über die wesentlichen Neuerungen	21
I. Zielsetzung des Gesetzgebers	21
II. Wesentliche Neuerungen	22
1. Die Gründung von Einpersonengesellschaften	22
2. Die Neuregelung des Stammkapitals	22
3. Der Besitz mehrerer Stimmanteile; die Erleichterung der Übertragung	22
4. Die Pflicht zur vollständigen Leistung der Einlagen	23
III. Vergleich zum alten Recht/Würdigung	23
§ 4 Grundlagen	25
I. Gründungsgesellschaft	25

1. Worum geht es?	25
2. Die Gründungsgesellschaft als Vorstufe zur GmbH	25
3. Verpflichtungen der Gründer und ihre Wirkung auf die GmbH	26
a) Pflichten gegenüber den anderen Gesellschaftern	26
b) Haftung der Gründer gegenüber Dritten	26
c) Übernahme der Gründerpflichten durch die GmbH	27
d) Weigerung der GmbH, die Gründerschulden zu übernehmen	27
e) Unmittelbare Gründungskosten	28
II. Übernahme eines GmbH-Mantels als Alternative zur Gründung	28
1. Worum geht es?	28
2. Der Erwerb eines GmbH-Mantels	29
§ 5 Die Gründung der GmbH	30
I. Die Gründer	30
1. Mindest- und Höchstzahl	30
2. Personen	30
3. Die Einpersonen-GmbH	31
a) Allgemeines	31
b) Anwendungsfälle	32
c) Durchgriff	32
II. Gründungsvorgang: Erklärungen der Gründer	33
III. Festlegung der Statuten	34
1. Gesetzlich vorgeschriebener Statuteninhalt	34
a) Firma und Sitz der Gesellschaft	34
b) Zweck der Gesellschaft	34
c) Höhe des Stammkapitals; Anzahl und Nennwert der Stammanteile	35
d) Form der von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen	35
2. Bedingt notwendiger Statuteninhalt	36
a) Nachschuss und Nebenleistungspflichten	36
b) Vorhand-, Vorkaufs- oder Kaufsrechte	37
c) Konkurrenzverbote	37
d) Konventionalstrafen	37
e) Vorzugsstammanteile	37
f) Vetorechte	38
g) Beschränkung des Stimmrechts; Beschränkung des Rechts, sich vertreten zu lassen	38
h) Genussscheine	39

i) Statutarische Reserven	39
j) Besondere Befugnisse der Gesellschafterversammlung	40
k) Genehmigung durch die Gesellschafterversammlung	40
l) Erfordernis der Zustimmung der Gesellschafterversammlung zur Bezeichnung von natürlichen Personen	40
m) Befugnis, Handelsbevollmächtigte zu ernennen	40
n) Tantiemen	41
o) Bauzinsen	41
p) Organisation und Aufgaben der Revisionsstelle	41
q) Austrittsrecht	41
r) Besondere Ausschlussgründe	42
s) Weitere Auflösungsgründe	42
3. Vom Gesetz abweichende Regelungen	42
a) Nachträgliche Schaffung von Vorzugsstammanteilen	42
b) Übertragung von Stammanteilen	42
c) Einberufung der Gesellschafterversammlung	43
d) Bemessung des Stimmrechts	43
e) Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung	43
f) Beschlussfassung in der Geschäftsführung	44
g) Geschäftsführung und Vertretung	44
h) Konkurrenzverbot	45
4. Nachträgliche Abänderung der Statuten	45
IV. Übernahme aller Stammanteile	46
1. Zeichnung des Stammkapitals	46
2. Liberierung des Stammkapitals	47
3. Die Liberierung durch Bareinlagen	47
4. Die Liberierung durch Sacheinlagen und Sachübernahmen	47
5. Die Liberierung durch Verrechnung	48
6. Die Geschäftsübernahme mit Aktiven und Passiven bei der Gründung	49
7. Die Übernahme von Schulden durch die Gesellschaft	49
8. Rechtsfolgen bei Gründungsmängeln	49
V. Anteilbuch, Liste an das Handelsregister	50
VI. Bestellung von Organen	51

VII. Anmeldung beim Handelsregister: Entstehung der juristischen Person	51
1. Grundlagen	51
2. Inhalt der Anmeldung	52
3. Beilagen zur Anmeldung	54
4. Insbesondere die Lex-Friedrich-Erklärung	54
5. Die Prüfung der Anmeldung	55
6. Die Einsprache gegen die Eintragung	55
7. Die Eintragung der Zweigniederlassung	55
8. Die Löschung im Handelsregister	56
9. Die Wiedereintragung im Handelsregister	57
§ 6 Gründung der GmbH durch Umwandlung einer Aktiengesellschaft in eine GmbH	58
I. Worum geht es?	58
II. Die Umwandlung nach Fusionsgesetz im Überblick	58
1. Grundlagen	58
2. Ablauf der Umwandlung	59
3. Teil: Vermögensverhältnisse / Stammkapital	61
§ 7 Überblick über die wesentlichen Neuerungen	61
I. Zielsetzung des Gesetzgebers	61
II. Wesentliche Neuerungen	62
1. Die Neuregelung der Kapitalerhöhung	62
2. Der Schutz des Bezugsrechts	62
3. Die Neuregelung der Kapitalherabsetzung	63
4. Der verbesserte Schutz des Stammkapitals	63
III. Vergleich zum alten Recht / Würdigung	63
§ 8 Das Stammkapital der GmbH und sein Schutz / Das Vermögen der GmbH und sein Schutz	64
I. Grundlagen	64
1. Worum geht es?	64
2. Das Stammkapital als Haftungsreserve	64

3. Die Warnfunktion des Stammkapitals	65
II. Die Höhe des Stammkapitals und seine Aufteilung auf die Mitglieder	65
1. Minimalhöhe	65
2. Aufteilung des Stammkapitals auf die Gesellschafter	66
3. Eigentum mehrerer Gesellschafter an einem Stammanteil	67
4. Kein Partizipationskapital	67
III. Der Schutz des Stammkapitals	68
1. Worum geht es?	68
2. Sicherstellung der Kapitalaufbringung	69
3. Sicherstellung der Kapitalerhaltung	70
a) Erlass- und Stundungsverbot	70
b) Verbot der Rückzahlung durch überhöhte Gewinnausschüttungen	70
c) Verbot von Rückzahlungen aus dem gebundenen Eigenkapital	70
d) Verbot von verdeckten Gewinnausschüttungen	71
e) Gläubigerschutzbestimmungen bei der Herabsetzung des Stammkapitals	73
4. Sicherstellung von Sanierungsmassnahmen	73
a) Verweis auf die Bestimmung des Aktienrechts	73
b) Die Bestimmungen des Aktienrechts	73
5. Pflichten bei Überschuldung	74
a) Verweis auf die Bestimmungen des Aktienrechts	74
b) Die Regeln nach Aktienrecht	74
aa) Neubewertung der Aktiven und Rangrücktritt	74
bb) Prüfung der Bilanz durch die Revisionsstelle	76
cc) Die Fusion zur Beseitigung der Überschuldung	76
c) Sonderbestimmungen für die GmbH beim Vorliegen einer Nachschusspflicht	76
IV. Schutz des GmbH-Gesamtvermögens; Verbot seiner ungerechtfertigten Verminderung	77
1. Statutarische Schranken	77
2. Gesetzliche Schranken	77
3. Anwendungsfall: Die Verpfändung von Aktiven der Tochtergesellschaft für Schulden der Muttergesellschaft	78

§ 9 Änderung des Stammkapitals (Kapitalerhöhung und Kapitalherabsetzung)	79
I. Worum geht es?	79
II. Erhöhung des Stammkapitals	79
1. Grundlagen	79
2. Anwendbarkeit der aktienrechtlichen Vorschriften	80
3. Kapitalerhöhungsbeschluss	81
4. Insbesondere Sacheinlagen, Sachübernahmen und Liberierung durch Verrechnung	82
5. Die Einschränkung des Bezugsrechts	82
6. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsführung	83
7. Beschlussquoten	84
8. Die Verpflichtung zur Kapitaleinlage	84
9. Anmeldung der Kapitalerhöhung beim Handelsregister	86
III. Herabsetzung des Stammkapitals	86
1. Grundlagen	86
2. Kapitalherabsetzung mit Mittelabfluss	87
a) Grundlagen	87
b) Gesellschafterbeschluss	88
c) Besonderer Revisionsbericht	88
d) Publikation, Sicherstellung der Gläubiger	89
3. Kapitalherabsetzung zur Beseitigung der Unterbilanz ohne Mittelfluss	89
4. Kapitalherabsetzung ohne Reduktion des Stammkapitals (Sanierungskapitalherabsetzung)	89
5. Anmeldung der Kapitalherabsetzung an das Handelsregister	90
§ 10 Die Finanzierung der GmbH	91
I. Grundlagen	92
II. Risikoverteilung	92
1. Eigenkapitalspezifische Gestaltung	93
a) Vorzugsstammanteile mit Liquidationsvorzug	93
b) Umwandlung von Vorzugs- in nicht privilegierte Stammanteile	93
c) Zusicherung und Garantie	94
d) MAC-Klausel	94

e) Preisanpassungsklauseln	95
2. Fremdkapitalspezifische Gestaltung	95
a) Darlehen mit Rangrücktritt	95
b) Darlehen mit Sicherheiten	96
c) Zweckbindung des Darlehens	96
d) Partiarische Darlehen	97
III. Gewinnverteilung	97
1. Eigenkapitalspezifische Gestaltung	97
a) Verwässerungsschutz	97
b) Vorzugsstammanteile mit Dividendenvorzug	98
c) Bezugsoptionen	98
2. Fremdkapitalspezifische Gestaltung	98
a) Variable Zinsgestaltungen/Rückzahlungsbetrag des Darlehens	98
b) Wanderdarlehen	99
IV. Beendigung der Investition	99
1. Eigenkapitalspezifische Gestaltung	99
a) Übertragbarkeit	99
b) Veräußerungsvorzug	99
c) Vorhand- und Vorkaufsrecht	100
d) Optionen	101
e) Mitverkaufspflicht/Mitverkaufsrecht	102
f) Kombinierte Verkaufs- und Kaufoption	103
g) Der Fremdkapitalinvestor als Berechtigter von Erwerbsrechten	104
h) MAC-Klausel	105
i) Rückkauf der Beteiligung	105
k) Das Recht, eine Kapitalerhöhung durchzuführen	105
2. Fremdkapitalspezifische Gestaltung	105
a) Vertragsübertragung und Abtretungsverbot	105
b) Die Pflicht zur Ablösung von Darlehen	106
c) Verknüpfung der Fälligkeit mit der Übertragung der Stammanteile	106
4. Teil: Innenverhältnis	107
§ 11 Überblick über die wesentlichen Neuerung	107
I. Zielsetzung des Gesetzgebers	107
II. Wesentliche Neuerungen	108
1. Die flexiblere Ausgestaltung der Vinkulierung	108

2. die Gestaltungsmöglichkeiten bei der Treuepflicht und dem Konkurrenzverbot	109
3. Die neue Kompetenzordnung	109
4. Die neue Regelung der Geschäftsführung	110
5. Die Revisionsstelle/Rechnungslegung	110
6. Mängel in der Organisation der Gesellschaft	111
III. Vergleich zum alten Recht/Würdigung	111
§ 12 Grundlagen	114
I. Worum geht es?	114
II. Unterschiede zum Aktienrecht	115
1. Rechtsbeziehungen unter den Gesellschaftern	115
2. Zulässigkeit gesellschaftsrechtlicher Pflichten gegenüber der GmbH und den anderen Gesellschaftern	115
§ 13 Die Gesellschafterversammlung	116
I. Grundlagen	116
II. Gesellschafterversammlung	117
1. Funktion und Arten	117
a) Funktion; Abgrenzung zur Geschäftsführung	117
b) Arten; ordentliche und ausserordentliche Gesellschafterversammlung; Universalversammlung	119
2. Einberufung der Gesellschafterversammlung	120
a) Grundlagen	120
b) Form	120
c) Inhalt der Einladung, ergänzende Anträge	120
d) Zeitpunkt der Einladung	121
e) Traktandierungsrecht	121
f) Rechtsfolgen bei Verletzung von Einladungsvorschriften	122
g) Einberufung auf Begehren von Gesellschaftern	122
h) Einberufung durch die Revisionsstelle, den Richter oder die Gesellschafterversammlung	123
i) Prüfung der Legitimation zur Teilnahme an der Gesellschafterversammlung	124
j) Das Begehren, eine Sonderprüfung durchzuführen	125
3. Befugnisse und Aufgaben der Gesellschafterversammlung	126
a) Änderung der Statuten; Änderung des Gesellschaftszwecks	126
b) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern	126

c)	Bestellung und Abberufung der Revisionsstelle bzw. des Konzernprüfers	126
d)	Genehmigung des Jahresberichts und der Konzernrechnung	127
e)	Genehmigung der Jahresrechnung; Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns	127
f)	Festsetzung der Entschädigung der Geschäftsführer	127
g)	Entlastung	127
h)	Zustimmung zur Abtretung von Stammanteilen	129
i)	Zustimmung zur Bestellung eines Pfandrechts an Stammanteilen	129
j)	Ausübung statutarischer Vorhand-, Vorkaufs- oder Kaufrechte	129
k)	Erwerb eigener Stammanteile	129
l)	Regelung von Nebenleistungspflichten	130
m)	Zustimmung zu konkurrenzierenden Tätigkeiten	130
n)	Antrag auf Ausschluss eines Gesellschafters; Ausschluss eines Gesellschafters	130
o)	Auflösung der Gesellschaft	131
p)	Genehmigung von Geschäften der Geschäftsführung	131
q)	Weitere Befugnisse	131
4.	Die Durchführung der Gesellschafterversammlung	131
a)	Konstituierung, Vorsitz	131
b)	Leitung der Versammlung	132
c)	Protokoll	133
d)	Die Informationspflicht in der Gesellschafterversammlung	133
5.	Stimmrecht, Art der Beschlussfassung	134
a)	Stimmrecht	134
b)	Nichtanwendbarkeit der Bemessung des Stimmrechts nach der Zahl der Stammanteile	135
c)	Stimmbindungsvereinbarung	137
d)	Ausschluss vom Stimmrecht/ Stimmrechtsbeschränkung	137
e)	Stellvertretung	138
f)	Nutzniessung	138
g)	Vetorecht	138
h)	Willensmängel bei der Stimmabgabe	139
i)	Beschlussfassung; Quoren	140
aa)	Gesetzliche Quoren	140
bb)	Statutarische Quoren	140
6.	Urabstimmung	141
a)	Grundlagen	141
b)	Art der Beschlussfassung, Quoren	141
c)	Öffentliche Beurkundung von Urabstimmungsbeschlüssen?	142
d)	Exkurs: Die multimediale Gesellschafterversammlung	143

7. Anfechtung und Nichtigkeit von Gesellschaftsbeschlüssen	145
a) Verweis auf das Aktienrecht	145
b) Anfechtungsgründe	145
c) Frist	146
d) Anfechtung durch die Geschäftsführung	146
e) Nichtigte Entscheide	147
f) Anfechtung der Stimmabgabe	147
§ 14 Die Geschäftsführung	148
I. Grundlagen	148
II. Geschäftsführung	148
1. Inhalt der Geschäftsführung, Abgrenzungen	148
a) Abgrenzung zur Gesellschafterversammlung	148
b) Abgrenzung zu untergeordneten Entscheiden	148
c) Dringende Entscheide	149
d) Aufgabe der Geschäftsführung	149
e) Die Geschäftsführung in besonderer Situation	150
2. Bestellung der Geschäftsführer	151
a) Dispositive Regel: Selbstorganschaft	151
b) Statutarisch begründbare Regel: Wähl- und Abwählbarkeit	152
c) Die Delegation der Geschäftsführung	153
d) Delegation der Geschäftsführung an eigene Gesellschafter	154
e) Bestellung Dritter als Geschäftsführer	154
f) «Aufsichtsrat-Geschäftsführer» in der GmbH?	155
g) Bestellbarkeit zum Geschäftsführer	155
h) Aufhebung von Art. 39 SchKG	156
3. Pflichten der Geschäftsführer	156
a) Pflicht zur Kompetenzzwahrnehmung	156
b) Pflicht zur persönlichen Ausübung des Amtes	156
c) Sorgfalts- und Treupflicht	157
d) Insbesondere: Das Konkurrenzverbot des Geschäftsführers	157
e) Gleichbehandlung	160
f) Die Benachrichtigung des Richters	160
g) Pflichten des Vorsitzenden	161
4. Rechte der Geschäftsführer	162
a) Entschädigung der Geschäftsführer	162
b) Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer	163
c) Informationsrechte in der Geschäftsführung	164
5. Beschlussfassung; Anfechtbarkeit und Nichtigkeit	165
a) Entscheidungsfindung und Beschlussfassung	165

b) Anfechtbarkeit und Nichtigkeit	166
6. Ende der Geschäftsführung	166
a) Rücktritt	166
b) Entzug der Geschäftsführung	167
III. Exkurs: Die Treuepflicht des Geschäftsführers bei der gesellschafts-internen Entscheidungsfindung; der Interessenkonflikt	168
1. Grundlagen	168
2. Auswirkung des Interessenkonflikts auf das Verhalten des Geschäftsführers	170
a) Keine Stimmabgabe	170
b) Mitwirkung an der Meinungsbildung?	170
c) Pflicht zur Offenlegung des Interessenkonfliktes in jedem Fall?	171
3. Mitwirkung an Entscheiden trotz formalem Interessenkonflikt?	172
a) Problem im Konzern	172
b) Interessenidentität	172
c) Grenzen der Synchronisierung der Interessen	173
4. Die Feststellung des Interessenkonflikts	173
a) Worum geht es?	173
b) Vertragliche Abhängigkeit	173
c) Faktische Abhängigkeit	174
5. Überwindung des Interessenkonfliktes	175
6. Vermeidung des Interessenkonfliktes	175
7. Zusammenfassung	177
IV. Einsicht und Kontrollrechte der nicht geschäftsführenden Gesellschafter	178
1. Grundlagen	178
2. Die Neuordnung der Revisionspflicht im Gesellschaftsrecht	178
3. Einsichts- und Kontrollrechte bei Verzicht auf eine Revision	180
4. Einsichts- und Kontrollrechte bei Durchführung einer Revision	181
a) Bekanntgabe des Geschäfts- und des Revisionsberichts	181
b) Auskunftsrecht	182
c) Das Recht, eine ordentliche Revision zu verlangen	183
d) Sonderprüfer; Prüfung durch einen Sachverständigen	183
§ 15 Die Revisionsstelle	184
I. Die Neuordnung der Revisionspflicht im Gesellschaftsrecht	184

II.	Die Revision nach altem Recht	184
	1. Grundlagen	184
	2. Rechnungslegungsstandards	184
	3. Prüfungsstandards	185
	4. Ziel der Revision	186
	5. Prüfungsmethode/Prüfungstechnik	186
	6. Die Planung der Revision	187
	7. Durchführung der Prüfung	188
	8. Prüfungsteil des Prüfers	189
III.	Die Revision nach neuem Recht	190
	1. Grundlagen	190
	2. Befähigung der Revisionsstelle	192
	3. Unabhängigkeit der Revisionsstelle	192
	4. Aufgaben der Revisionsstelle	193
	a) Im Allgemeinen	193
	b) Aufgaben der Revisionsstelle bei der ordentlichen Revision	194
	c) Aufgaben der Revisionsstelle bei der eingeschränkten Revision	195
	d) Zurückweisung oder Aufschub der Rechnungsabnahme?	197
§ 16	Rechte der Gesellschafter am Gesellschaftsvermögen	198
I.	Berechtigung am Gesellschaftsvermögen?	198
	1. Grundsatz: Getrennte Vermögenssphären	198
	2. Ausnahme: Anspruch auf das Gesellschaftsvermögen	198
	a) Keine Besitzrechte	198
	b) Anspruch auf das Gesellschaftsvermögen nur bei der Liquidation	199
II.	Gewinnanteil	199
	1. Grundlagen; worum geht es?	199
	2. Recht auf Gewinnstrebigkeit?	200
	3. Recht auf Gewinnbeteiligung (Dividende)?	201
	a) Gewinn als Voraussetzung	201
	b) Berechnung des Gewinnanteils	202
	c) Gewinnunabhängige Vergütungen (Zinsen, Honorare)	202
	d) Beschluss über die Gewinnausschüttung	203
	4. Recht auf Gewinnausschüttung	203

III. Recht auf Stuserhaltung/Bezugsrecht	204
1. Grundlagen; worum geht es?	204
2. Verhinderung der Kapitalerhöhung	204
3. Das Bezugsrecht	204
4. Verwässerungsschutzklausel und Bezugsoptionen	205
§ 17 Interner Anteil am Verlust, die Nachschusspflichten	205
I. Grundlagen	205
II. Die Nachschusspflicht	206
1. Statutarische Bestimmungen	206
2. Nicht statutarische Deckungspflichten	206
3. Nachschusspflicht: Inhalt, Gültigkeitsvoraussetzungen	207
a) Maximalhöhe; Aufteilung der Nachschusspflicht	207
b) Zeitliche Beschränkung	207
c) Zulässiger Zweck der Nachschusspflicht	208
III. Auslösung der Nachschusspflicht	209
1. Durch Beschluss der Geschäftsführung	209
2. Grenzen der Beschlussfreiheit	209
a) Statutarische Ordnung	209
b) Vorgehen bei unzulässigen Beschlüssen	209
3. Einforderung: Motive	210
a) Grundsatz	210
b) Verbesserung des Eigenkapitals	210
c) Ordnungsgemäße Weiterführung der Geschäfte	210
d) Statutarische Gründe	211
4. Auslösung der Nachschusspflicht gegen den Willen der GmbH und ihrer Organe im Konkurs?	211
5. Vollstreckung der Nachschusspflicht	211
6. Verwendung der Nachschüsse	211
7. Rückerstattung von geleisteten Nachschüssen	212
IV. Aufhebung oder Herabsetzung der Nachschusspflicht	212
1. Statutenänderung	212
2. Keine Mitwirkungsrechte der Gläubiger	212
3. Rücktritt aus wichtigem Grund	213

§ 18 Treuepflichten und andere Nebenleistungspflichten der Gesellschafter	213
I. Grundlagen und Inhalt der Treuepflicht	213
1. Worum geht es?	213
a) Personalistische Struktur der GmbH	213
b) Unterschiedliche Treuepflichten in unterschiedlichen Gesellschaften	214
2. Pflicht zur Beachtung des Gesellschaftszwecks	214
3. Nachschusspflicht der Gesellschafter?	215
4. Konkurrenzverbot der Gesellschafter	215
5. Dispositive Gesellschafterpflichten	215
II. Die Ausgestaltung der Treuepflichten in den einzelnen Gesellschaftsformen	216
1. Die Treuepflicht in der GmbH, die auf eine Revision verzichtet	216
a) Grundlagen	216
b) Konkurrenzverbot der Gesellschafter	216
2. Die Treuepflicht in der GmbH mit Revision	216
3. Die Treuepflicht in der Zwei-Mann-GmbH	217
4. Die Treuepflichten in der einheitlich beherrschten GmbH	217
III. Die Geltendmachung der Rechte aus der Treuepflicht	218
IV. Individuelle Gesellschafterpflichten im GmbH-Recht als Vorteil gegenüber der Aktiengesellschaft	219
§ 19 Eintritt, Austritt, Ausschluss und Gesellschafterwechsel	219
I. Grundlagen	219
II. Eintritt nach der Gründung	220
III. Austritt/Ausschluss	221
1. Austritt	221
a) Gemäss Statuten	221
b) Durch Gesellschafterbeschluss	221
c) Aus wichtigem Grund	222
d) Der Anschlussaustritt	222
2. Ausschluss	223
a) Direkt durch Gesellschafterbeschluss?	223
b) Entscheid durch den Richter aus wichtigem Grund	223
3. Verfahren/vorsorgliche Massnahmen	224
4. Wirkung des Austritts/Wirkung des Ausschlusses	224

a)	Bei Übernahme des Anteils durch einen Dritten oder einen anderen Gesellschafter	224
b)	Ohne Übernahme des Anteils durch einen anderen Gesellschafter	224
c)	Das Recht auf Auszahlung einer Abfindung	225
d)	Beim richterlich verfügbaren Ausscheiden	226
e)	Die Abfindung	226
IV.	Gesellschafterwechsel	227
1.	Die Abtretung des Gesellschaftsanteils	227
2.	Form, Vorgehen; Dispositive Ordnung	228
a)	Übertragungsvertrag und Übertragung zwischen Veräußerer und Erwerber	228
b)	Zustimmung der Gesellschaft; Aufnahme des neuen Mitglieds in das Anteilbuch	228
c)	Verweigerung der Übertragung durch die Gesellschaft	229
3.	Statutarische Vinkulierung	230
4.	Der Gesellschafterwechsel bei besonderen Erwerbsarten	231
V.	Verbriefung, Verpfändung und Nutzniessung von Gesellschafteranteilen; Erwerb eigener Anteile	232
1.	Verbriefung von Gesellschafteranteilen	232
2.	Verpfändung von Gesellschafteranteilen	232
a)	Worum geht es?	232
b)	Begründung des Pfandrechts	233
c)	Verwertung des Pfandes	233
3.	Nutzniessung an Gesellschaftsanteilen	233
4.	Erwerb eigener Anteile	234
a)	Fragestellung	234
b)	Voraussetzungen	235
c)	Form und Verfahren des Erwerbs eigener Anteile	235
d)	Wirkungen des Erwerbs eigener Anteile	236
e)	Folgen der Widerhandlung	236
§ 20	Das Innenverhältnis im Streit unter den Gesellschaftern	236
I.	Ausgangslage	237
II.	Streit über die Korrektheit der Bestellung der Organe	237
1.	Worum geht es?	237
2.	Vorgehen im Streit	237
III.	Streit unter zum Konsens verpflichteten Geschäftsführern	237
1.	Worum geht es?	237

2. Sporadischer oder sektorieller Streit	238
a) Fragestellung	238
b) Vertragliche Vorkehren	238
c) Vorgehen beim unlösbaren Patt	240
d) Vorgehen beim untergeordneten Konflikt	240
3. Lähmender Streit	241
IV. Schiedsklauseln in den Statuten	241
5. Teil: Aussenverhältnis	243
§ 21 Überblick über die wesentlichen Neuerungen	243
I. Zielsetzung des Gesetzgebers	243
II. Wesentliche Neuerungen	244
1. Die neue Regelung der Vertretung der Gesellschaft	244
2. Neuerungen im Firmenrecht	244
3. Verzicht auf die subsidiäre Solidarhaftung der Gesellschafter	245
4. Umfassende Regelung der Nachschusspflicht	245
5. Aufhebung der jährlichen Meldepflicht	245
III. Vergleich zum alten Recht/Würdigung	246
§ 22 Grundlagen	247
I. Ausgangslage	247
II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vergleich zum Aktienrecht	248
§ 23 Auftreten der Gesellschaft als Einheit/Art des Auftretens/ Firmenrecht	248
I. Grundlagen	248
1. Worum geht es?	248
2. Rechtliche Grundlagen	249
II. Grundsätze für die Firmenbildung	249
1. Sprache, Erscheinungsbild der Firma	249
2. Bezeichnung der Gesellschaftsform	250
3. Bezeichnung der Gründer oder Gesellschafter?	250
4. Territorialschutz	251
5. Wettbewerbsbezogene Grenzen der Firmenbildung	251
a) Grundsatz	251
b) Unwahre, täuschende und übertreibende Firmen	252

c) Sachfirmen, welche den Sachausdruck monopolisieren	252
6. Grenzen der Firmenbildung im öffentlichen Interesse	253
7. Altrechtliche Firmenbildungen	253
8. Zulässigkeit von Territorialbezeichnungen	254
9. Anleitung und Weisung an die Handelsregisterbehörden	254
III. Das Verbot gleichlautender Firmen; praktisches Vorgehen	255
IV. Rechtsschutz	255
V. Zwang zur Verwendung der Firma	256
§ 24 Vertretung der Gesellschaft gegenüber Dritten	256
I. Grundlagen	256
1. Worum geht es?	256
II. Umfang und Beschränkung der Vertretungsbefugnis	257
1. Gesetzliche Vertretung der GmbH (Organe)	257
a) Grundsatz	257
b) Die geschäftsführenden Gesellschafter als Organe	257
c) Personen mit organtypischen Funktionen	258
d) Vertretungsbefugnis der Organe	259
2. Gewillkürte Vertreter der GmbH	259
a) Grundlagen	259
b) Einschränkung oder Ausweitung der Vertretungsbefugnis der geschäftsführungsbefugten Gesellschafter	260
aa) Einschränkung der Vertretungsbefugnis durch inhaltliche Grenzen	260
bb) Geografische Beschränkung der Vertretungsbefugnis	261
c) Vertretung durch Personen, die nicht geschäftsführungsbefugte Gesellschafter sind	261
aa) Direktoren	262
bb) Prokuristen	262
cc) Handlungsbevollmächtigte	262
dd) Einschränkungen der gewillkürten Vertretungsbefugnis	262
ee) Entstehung der gewillkürten Vertretungsbefugnis	262
ff) Ad-hoc-Vertreter	263
3. Zeichnungsberechtigung	263
4. Insbesondere die Passivvertretung	263
III. Entzug der Vertretungsbefugnis	264
1. Geschäftsführende Gesellschafter	264
2. Andere Vertreter	264

§ 25 Haftung der geschäftsführenden und der nicht geschäftsführenden Gesellschafter	265
I. Grundlagen	265
1. Worum geht es?	265
II. Die Haftung des Gesellschafters mit beschränkter Haftung	266
III. Die Haftung des geschäftsführenden Gesellschafter aus Verantwortlichkeit	267
1. Worum geht es?	267
2. Gründungshaftung	268
a) Grundlagen	268
b) Schaden	268
c) Widerrechtlichkeit	268
d) Verschulden	269
e) Kausalität	269
f) Verjährung	269
3. Haftung für Verwaltung, Geschäftsführung, Liquidation	269
a) Grundlagen	269
b) Schaden	270
c) Widerrechtlichkeit/Pflichtverletzung	271
aa) Grundlagen	271
bb) Pflicht zur Kompetenzz Wahrnehmung	272
cc) Pflicht zur persönlichen Ausübung des Amtes	273
dd) Sorgfalts- und Treuepflicht	273
ee) Insbesondere das Konkurrenzverbot des Geschäftsführers	274
ff) Organisationsverschulden?	274
d) Verschulden	275
e) Kausalität	276
f) Haftungseinschränkung beim Vorliegen eines Organisationsreglements	277
aa) Fragestellung	277
bb) Delegation von Geschäftsführungsaufgaben	277
cc) Reglementarische Zuweisung von Aufgaben	277
g) Verjährung	278
4. Exkurs: Die Verantwortlichkeit gestützt auf Art. 108 FusG	278
a) Grundlagen	279
b) Schaden	280
c) Widerrechtlichkeit	280
d) Verschulden	280
e) Kausalität	281
f) Verjährung	281

5. Exkurs: Die Haftung der Revisionsstelle	281
a) Grundlagen	281
b) Schaden	281
c) Widerrechtlichkeit	282
d) Verschulden	283
e) Kausalität	283
f) Verjährung	283
6. Exkurs: Die Haftung der Geschäftsführer für öffentlich-rechtliche Forderungen	283
7. Exkurs: Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Geschäftsführer	284
8. Exkurs: Die Haftung des Unternehmens nach Art. 100 ^{quater} StGB	285
IV. Geltendmachung der Haftung	286
1. Klage- und Anspruchsberechtigung	286
a) Bei Ansprüchen der Gläubiger	288
b) Bei Ansprüchen der Gesellschafter	290
c) Tabellarischer Überblick	291
2. Entlastung	291
3. Solidarität	292
4. Gerichtsstand	293
5. Streitwert	293
6. Beweislast	293
7. Vergleich/Teilvergleich	293
6. Teil: Die Beendigung der Gesellschaft; das Ausscheiden des Gesellschafters	295
§ 26 Überblick über die wesentlichen Neuerungen	295
I. Zielsetzung des Gesetzgebers	295
II. Wesentliche Neuerungen	296
1. Die neue Regelung betreffend die Abwicklung des Ausscheidens	296
2. Der Anschlussaustritt	296
3. Das Ausschlussrecht der Gesellschafterversammlung	296
4. Die Auflösung durch Umwandlung oder Fusion	297
III. Vergleich zum alten Recht/Würdigung	297
§ 27 Grundlagen	298
I. Beendigung der GmbH durch Konkurs oder durch sich selbst	298

II.	Liquidation der Gesellschaft	299
III.	Ausscheiden des Gesellschafters	299
IV.	Hinweis auf die Bestimmungen des Aktienrechts	300
§ 28 Die Beendigung durch sich selbst		301
I.	Nach Massgabe der Statuten oder durch Gesellschaftsbeschluss (Art. 821 Ziff. 1 und 2 OR)	301
	1. Auflösung durch Statutenbestimmungen	301
	2. Auflösung durch Gesellschafterbeschluss	301
II.	Ausserordentliche Auflösungsgründe aus gesellschaftsinternen Gründen	302
	1. Worum geht es?	302
	2. Auflösung der Gesellschaft aus wichtigem Grund	302
	a) Wichtige Gründe im Allgemeinen	302
	b) Wichtige sachliche Gründe im Besonderen	303
	c) Wichtige persönliche Gründe im Besonderen	304
	d) Lehre und Rechtsprechung	304
	aa) Wegfall von wesentlichen Gründungsvoraussetzungen	304
	bb) Gefährdung ökonomischer oder ideeller Aktionärsinteressen der Gesellschafter	305
	cc) Fortgesetzter Machtmissbrauch	305
	dd) Fortgesetzter Vertrauensmissbrauch	305
	ee) Willkürliche Verweigerung der Zustimmung zur Abtretung des Gesellschaftsanteils an einen Dritten	306
	ff) Weitere wichtige Gründe	306
	e) Statutarische wichtige Gründe	307
	f) Schutzwürdige Interessen Dritter	307
	3. Prozessuales für den Auflösungsprozess	307
	a) Aktivlegitimation	307
	b) Passivlegitimation	308
	c) Weitere prozessuale Aspekte	309
	4. Alternativen zur Auflösung: Andere sachgemässe und zumutbare Massnahmen	309
§ 29 Gesetzliche Auflösungsgründe		310
I.	Auflösung der GmbH als Folge eines Beschlusses der Gesellschafter- versammlung	310
II.	Auflösung der GmbH als Folge ihrer Betreibung oder ihres Konkurses	311
	1. Grundsatz	311
	2. Konkurseinleitung durch die Gesellschaftsgläubiger	311

3. Konkurseinleitung durch die Gesellschaft selber	311
III. Auflösung der Gesellschaft als Folge des Konkurses eines Gesellschafters oder der Pfändung seines Anteils	312
IV. Auflösung der Gesellschaft aus anderen gesetzlichen Gründen	312
1. Verfolgung eines widerrechtlichen oder unsittlichen Zwecks	312
2. Nichteinhaltung gesetzlicher Vorschriften	312
3. Mängel in der Organisation	313
4. Fehlen von Aktiven; Auflösung ohne Konkursverfahren	313
5. Abschluss eines Nachlassvertrages	313
6. Auflösung ohne Liquidation gemäss Fusionsgesetz	314
§ 30 Folgen der Auflösung; Liquidation	314
I. Worum geht es?	314
II. Wesen und Zweck des Liquidationsverfahrens	314
III. Zuständigkeiten	315
1. Anmeldung an das Handelsregister	315
a) Geschäftsführung	315
b) Richter	315
c) Konkursverwaltung	315
2. Durchführung der Liquidation	316
a) Liquidatoren	316
b) Konkursverwaltung	316
IV. Ablauf der Liquidation	316
1. Hinweis auf die Normen des Aktienrechts	316
2. Anmeldung an das Handelsregister	317
3. Liquidationsbilanz, Schuldenruf	317
4. Einforderung von Leistungen bei den Gesellschaftern durch die Liquidatoren oder die Konkursverwaltung	317
a) Statutarische und vertragliche Nebenleistungen	317
b) Insbesondere Nachschusspflichten	318
c) Verantwortlichkeitsansprüche	318
5. Fortführung der Geschäfte; Verwertung der Gesellschaftsaktiven	318
6. Befriedigung der Gläubiger; Schuldentilgung	318
7. Verteilung des Liquidationserlöses	319
8. Stille Liquidation	319
V. Löschung der Gesellschaft	320

VI. Aufbewahrung der Geschäftsbücher	320
§ 31 Durchführung der Teilliquidation beim Austritt eines Gesellschafters	320
I. Worum geht es?	320
II. Ausbezahlung aus den freien Mitteln	321
1. Voraussetzungen	321
2. Bewertung des Anteils; massgebender Zeitpunkt	322
3. Auszahlung aus liquiden Mitteln	322
4. Auszahlung beim Ungenügen liquider Mittel	322
a) Veräusserung von Gesellschaftsaktiven	323
b) Abtretung von Gesellschaftsaktiven an den austretenden Gesellschafter	323
c) Die Abfindung durch Spaltung der Gesellschaft	323
aa) Exkurs: Die Spaltung; Grundlagen	323
bb) Arten	324
cc) Der Spaltungsvertrag und der Spaltungsplan	325
dd) Der Spaltungsbericht und der Prüfungsbericht	325
ee) Der Spaltungsbeschluss	326
ff) Wirkung	327
d) Restforderung	327
§ 32 Insbesondere: Auflösung durch Fusion oder Umwandlung	328
I. Worum geht es?	328
II. Die Auflösung durch Fusion	328
1. Exkurs: Die Fusion	328
a) Grundlagen	328
aa) Arten der Fusion	328
bb) Zulässige Fusionen	329
cc) Rechtsfolgen der Fusion im Überblick	329
b) Fusionsvertrag	331
c) Fusionsbeschluss	333
d) Wirkung	333
e) Weitere Aspekte	334
aa) Eintragung im Handelsregister	334
bb) Gläubigerschutz	335
cc) Minderheitenschutz	336
2. Die «Auflösung» durch Fusion	336
III. Die Auflösung durch Umwandlung	337

1. Exkurs: Die Umwandlung	337
a) Grundlagen	337
aa) Fortbestand vermögens- und mitgliedschaftsrechtlicher Beziehungen	337
bb) Zulässige Umwandlungen	338
b) Umwandlungsplan und Umwandlungsbericht	338
c) Umwandlungsbeschluss	339
d) Wirkung	339
e) Gläubigerschutz	339
f) Arbeitnehmerschutz	340
2. Die «Auflösung» durch Umwandlung	340
IV. Alternativen zur Fusion und zur Umwandlung	340
1. Grundlagen	340
2. Übertragungsvertrag	341
3. Wirkung	342
4. Weitere Aspekte	342
a) Interessenkonflikte	342
b) Das Fehlen einer obligatorischen Prüfung	343
c) Klagerechte bei der Vermögensübertragung	343
7. Teil: Weitere Aspekte	345
§ 33 Die GmbH als Tochtergesellschaft im Konzern	345
I. Grundlagen	345
1. Begriff	345
2. Arten des Konzerns	346
3. Vorteile des Konzerns	346
4. Die Konzernentstehung	346
5. Die Leitung des Konzerns	347
6. Konzernvertragsrecht	347
II. Der Konzern im Aktienrecht	348
III. Die GmbH als Konzerntochtergesellschaft	350
IV. Die Muttergesellschaft als formelles Organ der Konzerntochtergesellschaft	351
§ 34 Die Klagen im Recht der GmbH	353
I. Grundlagen	353

1. Sonderprüfung	354
2. Klage auf Rückerstattung von Leistungen	354
3. Die Anfechtungsklage	355
4. Klage auf Feststellung der Nichtigkeit	357
5. Die Traktandierungsklage	358
6. Die Informationsklage	359
7. Die Auflösungsklage	360
8. Die Klage auf Austritt aus der Gesellschaft	362
9. Die Klage auf Ausschliessung aus der Gesellschaft	363
10. Die Klage auf Bestimmung des wirklichen Wertes der Stammanteile	364
11. Die Verantwortlichkeitsklage	364
12. Die Klagen des FusG: Die Klage auf Verantwortlichkeit; die Klage auf Überprüfung der Anteils- und Mitgliedschaftsrechte	365
§ 35 Die Rechnungslegung bei der GmbH	366
I. Grundlagen	366
1. Allgemeines	366
2. Zweck	367
3. Die Jahresrechnung	367
II. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze	368
1. Allgemeines	368
2. Die Bilanz	368
3. Die Erfolgsrechnung	368
4. Bewertung	369
5. Abschreibungen, Wertberichtigungen und Rückstellungen	369
6. Reserven	370
§ 36 Die Besteuerung der GmbH	371
I. Grundlagen	371
1. Allgemeines	371
2. Steuerhoheit	371
3. Steuersubjekt	371
4. Steuerobjekt	372
5. Steuerberechnungsgrundlage; Steuermass	372

II. Unternehmenssteuerrecht	372
1. Allgemeines	372
2. Die Gewinnsteuer	372
3. Kapitalsteuer	374
§ 37 Intertemporales Recht	374
I. Die Hauptregeln der Übergangsbestimmungen	374
1. Nichtrückwirkung	374
2. Sofortige Geltung des neuen Rechts	375
3. Die zweijährige Übergangsfrist	375
II. Materielle Übergangsbestimmung	375
1. Der Stichtagsbescheid in der Gesellschafterversammlung	375
2. Vollständige Liberierung	376
3. Partizipations- und Genusscheine	376
4. Eigene Stimmanteile	377
5. Nachschusspflicht	377
6. Nebenleistungspflichten	377
7. Revisionsstelle	378
8. Bemessung des Stimmrechts	378
9. Qualifizierte Mehrheit	378
10. Vernichtung von Stammanteilen im Falle der Sanierung	379
11. Ausschliesslichkeit der eingetragenen Firma	379
Musterstatuten einer GmbH mit Selbstorganschaft	381
Musterstatuten einer GmbH mit Drittorganschaft	393
Muster Organisationsreglement einer GmbH mit Drittorganschaft	407
Muster Geschäftsreglement einer GmbH mit Drittorganschaft	413
Konkordanztafel	419
Sachregister	427